

Plötz, Peter

Article — Digitized Version

Das Sozialpaket der DDR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Plötz, Peter (1972) : Das Sozialpaket der DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 10, pp. 536-539

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134458>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Sozialpaket der DDR

Peter Plötz, Hamburg

Für das „Neue Deutschland“ waren die Freude, Zustimmung und der Dank der DDR-Werk-tätigen ergreifend. Anlaß der „bewegenden Zu-stimmung“¹⁾ waren die sozialpolitischen Be-schlüsse, die die 5. Tagung des ZK der SED ge-meinsam mit dem DDR-Ministerrat und dem Bundesvorstand des DDR-Gewerkschaftsbundes FDGB am 27. April 1972 beschlossen haben. Nach Aussage des FDGB-Organs „Die Arbeit“ handelt es sich um „die bisher umfangreichsten sozial-politischen Maßnahmen seit dem Bestehen unse-erer Republik“²⁾. Damit wurden die von SED-Chef Erich Honecker anläßlich seiner Leipziger-Messe-Rede Anfang April 1972 angekündigten sozial-politischen Verbesserungen verwirklicht. Er schien – im westlichen Teil Deutschlands wieder einmal kaum registriert – auf einem weiteren Teilgebiet des „materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ das wahrhaben zu wollen, was er auf der 4. Tagung des ZK am 16./17. 12. 1971 fol-gendermaßen ausdrückte: „Die Bedürfnisse der Menschen (sind) nicht Punkt zwei, drei oder vier, sondern Punkt eins der Planung“³⁾.

Mangel an Materialreserven

Die *gesamten* sozialen Leistungen der DDR sind jedoch auch nach Verkündung dieses „Pro-gramms des sozialen Fortschritts“ in vieler –

1) Vgl. Große Initiativen und lohnende Ergebnisse. In: Neues Deutschland, Nr. 119, 30. 4. 1972.

2) Fritz R ö s e l : Das sozialpolitische Programm des VIII. Parteitages wird konsequent verwirklicht. In: Die Arbeit, H. 6, 1972, S. 18.

Peter Plötz, 30, Diplom-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung Wirtschaftsordnung und Wirtschaftssysteme des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Sein Tätigkeitsbereich umfaßt vor allem Lenkungsfragen der DDR-Wirtschaft.

nicht in jeder – Hinsicht schlechter als in der BRD. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in dem nach wie vor großen Abstand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beider deutscher Staaten. So paradox es auf den ersten Blick erscheinen mag, vornehmlich zur Überwindung dieser wirtschaftlichen Lücke erhielten am 10. Mai 1972 eine Vielzahl der sozialen Verbesserungen ihre gesetzliche Grundlage⁴⁾.

Nach der Wachstumskrise Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre sind die Jahre 1970/71 durch eine zweite einschneidende Neuorientierung der DDR-Wirtschaft gekennzeichnet. Bewußt wird im laufenden Planjahrünft (1971–1975) auf ein beschleunigtes Wachstum zugunsten einer Konsolidierungsphase verzichtet. Allerdings impliziert diese neue Etappe keine absolute Erholungspause für die Ende des letzten Jahrzehnts arg strapazierte DDR-Wirtschaft, da es heute mehr denn je spürbar an Materialreserven, vor allem aber an Arbeitskräften mangelt. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist eine auf optimale Leistungssteigerung ausgerichtete Volkswirtschaft wie diejenige der DDR in der intensiven Wachstumsphase vor allem auf die Bereitschaft zur engagierten Mitarbeit ihrer Bevölkerung, im beson-deren ihrer Arbeitskräfte angewiesen.

Konsumorientiertere Wirtschaftspolitik

Welcher Art deshalb auch immer die wirtschafts-politischen Steuerungsinstrumente bzw. sozialpo-litischen Maßnahmen sein werden und gegenüber welchen Gruppen sie getroffen werden, immer wird das primäre Ziel die Steigerung der gesamt-wirtschaftlichen Leistung sein. In einer in erheb-lichem Maße konsumorientierten Gesellschaft – wie sie sich in der DDR heute darbietet – müssen

3) Erich Honecker auf der 4. Tagung des Zentralkomitees der SED, Broschüre, S. 24.

4) Vgl. dazu: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 27, 29. Mai 1972, S. 301 ff.

die Erwerbstätigen materiell stimuliert werden, müssen sie am zunehmenden Leistungsvermögen der Volkswirtschaft durch erhöhten Konsum und/oder Erhöhung der Lebensqualität partizipieren.

Die Ausführungen von Werner Jarowinsky auf der 6. Tagung des ZK der SED am 6./7. 7. 1972, auf der er dem Plenum den Bericht des Politbüros erstattete, stützen diese These. Er kennzeichnet die volkswirtschaftliche Bedeutung der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus damit, „daß sich die Fortschritte bei der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen in der Tat zu einem immer dringenderen Erfordernis der wirtschaftlichen Entwicklung, zu einer grundlegenden Voraussetzung für die rasche Steigerung der Produktion, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die höhere Effektivität erweisen“⁵⁾.

Um die gesamtwirtschaftliche Leistung steigern zu können, hat die DDR u. a. zwei Probleme zu lösen: Zum einen ist die volle Eingliederung der Frau in den volkswirtschaftlichen Leistungserstellungsprozeß ökonomisch erforderlich, zum anderen ist die Überwindung der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung der DDR notwendig.

Ungünstige demographische Struktur

Die demographische Struktur in der DDR weist gewisse Ähnlichkeiten mit derjenigen in der BRD auf⁶⁾. Und zwar besteht bei beiden Alterspyramiden

- eine Einbuchtung bei der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen durch den Geburtenausfall nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges,
- eine Einbuchtung bei der Altersgruppe der 35- bis 40jährigen durch den Geburtenausfall während der Weltwirtschaftskrise um 1930 und
- ein Männermangel bei den über 40jährigen aufgrund der Verluste in beiden Weltkriegen.

Daneben bestehen jedoch in der DDR folgende starke Abweichungen gegenüber der BRD:

- 1968 waren in der DDR 22 % der Bevölkerung 60 Jahre und älter (BRD: 18,9 %);
- 14,9 % gehörten zur Altersgruppe der 10- bis unter 20jährigen (BRD: 13,5 %);
- 14,6 % gehörten zur Altersgruppe der 40- bis unter 55jährigen (BRD: 16,9 %);
- auf 1000 Männer kamen in der DDR 1179 Frauen (BRD: 1106);
- die Altersschicht von 15 bis unter 65 Jahren besaß in der DDR nur einen Anteil von 61 % (BRD: 64 %).

⁵⁾ Wissenschaft, Technik und Kultur — Bausteine der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: Die Wirtschaft, 27. Jg., H. 28, 1972, S. 3.

Diese insgesamt ungünstige demographische Struktur der DDR schlägt sich im Verhältnis der arbeitsfähigen zur nichtarbeitsfähigen Bevölkerung nieder. Der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter⁷⁾ an der Wohnbevölkerung sank von 64,1 % im Jahre 1950 auf 57,9 % im Jahre 1971, so daß es im Bereich des Arbeitskräftepotentials zu einem Engpaß kam.

Heute ist in der DDR die Lücke zwischen der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, deren Einsatzstruktur und der Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze offenkundig. In den ersten Nachkriegsjahren war eine Bevölkerungsbewegung aus der damaligen SBZ in Richtung Westen durchaus noch erwünscht, weil die Probleme der verstärkten Arbeitslosigkeit und der großen Wohnungsnot, die durch den Zustrom von Flüchtlingen und Ausgewiesenen aus den polnischen und sowjetischen Gebieten noch verschärft wurden, nicht gemeistert werden konnten. Erstmalig Ende des vorletzten Jahrzehnts überwog jedoch die Nachfrage nach Arbeitskräften das verfügbare Angebot.

Berufstätigkeit der Frauen

Eine mögliche Verringerung der Lücke zwischen Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften mit Hilfe von Gastarbeitern ist bis heute noch nicht sehr weit gediehen — immerhin beschäftigt die DDR unter den Mitgliedsländern des RGW jedoch die weitaus meisten ausländischen Arbeitskräfte⁸⁾. Um die Übernachfrage nach Arbeitskräften dennoch zu verringern, wird die volle Eingliederung der Frau in den Arbeitsprozeß angestrebt, da keine Berufstätigkeit oder Teilzeitarbeit der Frau „einen Verlust an gesellschaftlichem Arbeitsvermögen“⁹⁾ bedeutet.

Zum ersten Mal überwog 1971 in der DDR der Anteil der Frauen an den Arbeitern und Angestellten mit 50,2 % denjenigen der Männer¹⁰⁾. Von 6,558 Mill. Arbeitern und Angestellten sind 3,292 Mill. Frauen. Die Erwerbsquote — Anteil der Erwerbstätigen oder Erwerbspersonen (Erwerbstätige und

⁴⁾ Vgl. hierzu und zum folgenden: Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, S. 67 ff., Ziff. 90 ff., sowie Statistisches Jahrbuch der DDR 1972.

⁷⁾ Personen im Alter von 15 bis unter 65 (männl.) bzw. 60 Jahren (weibl.) zuzüglich fünf Zwölfteiler der Personen des Altersjahres von 14 bis unter 15 Jahren.

⁸⁾ Genaue Angaben liegen jedoch nicht vor. So sollen bis 1971 z. B. 16 000 Ungarn in der DDR Arbeitsplätze gefunden haben. Vgl.: Noch sind im Ostblock Gastarbeiter selten. In: Die Welt, Nr. 205, 4. 9. 1969. Pritzel schätzt die Gesamtzahl der Gastarbeiter in der DDR auf 40 000 bis 50 000. Vgl. Konstantin Pritzel: Gastarbeiter in der DDR. In: Deutschland Archiv, 3. Jg., Nr. 1, 1970, S. 96.

⁹⁾ Vgl. Reinhard Willems: Die Abgeordneten wissen, wo die Frauen der Schuh drückt... In: Neues Deutschland, Nr. 58, 27. 2. 1972.

¹⁰⁾ Der Anteil der Frauen an den Gesamtbeschäftigten betrug 1971 in der Industrie 42,9 %, im Dienstleistungsgewerbe (Handel und nichtproduzierender Bereich) 70,2 %, in der Landwirtschaft 45,7 % und in der Bauwirtschaft 13,9 %.

Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung der DDR — gehörte 1969 mit 50,9% zu den höchsten in der Welt (BRD: 44,4%). Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an der weiblichen Wohnbevölkerung betrug 1964 39,9% (BRD: 32,2%) und stieg kontinuierlich auf 43,1% im Jahre 1969 an (BRD: 30,1%). Auch in solchen Wirtschaftsbereichen, die in der westlichen Welt fast ausschließlich männlichen Arbeitnehmern vorbehalten sind, steigt der Anteil der weiblichen Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Die Frauen stellen 34% der Richter, 70% der Lehrer, 31,5% der Ärzte und fast 13% der Bürgermeister¹¹⁾.

Zu einem besonderen Problem gestaltet sich die mehrschichtige Auslastung hochwertiger produktiver Anlagen und Maschinen in denjenigen Wirtschaftsbereichen, in denen überwiegend Frauen tätig sind. Günter Mittag, Mitglied des ZK der SED und des Politbüros, kritisierte bereits im Juni 1966 auf der Rationalisierungskonferenz in Leipzig, daß die vorhandenen Arbeitsplätze nur während 43% der möglichen Produktionszeit besetzt seien¹²⁾. In der Textilindustrie z. B. sind 67% aller Arbeiter und Angestellten Frauen, und 19% der Produktionsarbeiter arbeiten dreischichtig, 31% zweischichtig und 50% einschichtig¹³⁾.

Zwei Maßnahmenbündel aus der breiten Palette der sozialen Verbesserungen dienen vor allem der Überwindung dieser Probleme¹⁴⁾.

Förderung der Familie

Ein ganzer Komplex von Maßnahmen hat die Verbesserung der Stellung der vollbeschäftigten Mütter zum Inhalt¹⁵⁾. So wurde die 40-Stunden-Arbeitswoche für diese Gruppe der Erwerbspersonen zum 1. Juli d. J. eingeführt (vorher: 43³/₄ Stunden). Voraussetzung dafür ist, daß zum eigenen Haushalt drei und mehr Kinder im Alter bis zu 16 Jahren gehören oder daß die Frauen im Zwei-, Drei- oder durchgehenden Schichtsystem arbeiten und zu ihren Haushaltungen zwei Kinder im Alter bis zu 16 Jahren gehören. Seit dem 28. 8. 1967 betrug die Arbeitszeit für Werkstätige, die ständig im Dreischicht- oder durchgehenden Schichtsystem arbeiteten, wöchentlich 42 Stunden. Rückwirkend für 1972 beträgt außerdem der Min-

desturlaub für vollbeschäftigte Mütter mit drei und mehr Kindern im Alter bis zu 16 Jahren 21 Werkstage bzw. 24 Werkstage, wenn diese Mütter im Mehrschichtsystem arbeiten. Vor dieser Neuregelung betrug der Mindesturlaub für diese Personengruppe 15 Werkstage.

Nach der Verbesserung können junge Ehepaare bis zu 26 Jahren innerhalb von drei Jahren nach Eheschließung zur Wohnraumbeschaffung ein zinsloses Darlehen bis 5000,— Mark und darüber hinaus noch einmal 5000,— Mark als zinslosen Einrichtungskredit beanspruchen, wenn sie zusammen nicht mehr als 1400,— Mark brutto im Monat verdienen¹⁶⁾. Die Tilgung der Kredite muß innerhalb von acht Jahren erfolgen, drei Jahre sind tilgungsfrei. Die zurückzuzahlenden Kreditbeträge ermäßigen sich bei der Geburt des ersten Kindes um 1000,—, bei der Geburt des zweiten Kindes um weitere 1500,— und bei der Geburt des dritten Kindes nochmals um 2500,— Mark. Mit dieser Methode des „Abkinderns“ — so der Volksmund — wird nach Westberliner Vorbild ein Versuch gestartet, junge Eheleute mit Hilfe monetärer Anreize zu einem bestimmten generativen Verhalten zu bewegen.

Innerhalb von nicht einmal zehn Jahren verlängerte die DDR darüber hinaus den Schwangerschaftsurlaub bei vollem Lohnausgleich um weitere vier Wochen. Erst am 1. Oktober 1963 wurde er auf 14 Wochen festgelegt, mit Wirkung vom 1. 7. 1972 beträgt er jetzt 18 Wochen. Ebenfalls heraufgesetzt wurde die einmalige Geburtenbeihilfe für jedes geborene Kind. Sie betrug z. B. für das erste Kind vor der Änderung 500,— Mark, heute erhält jede Mutter für das erstgeborene Kind 1000,— Mark. Alleinstehenden werktätigen Müttern steht zur Pflege erkrankter Kinder eine Arbeitsbefreiung zu, wobei ihnen ab dem dritten Tag der Freistellung eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes gezahlt wird, auf das sie bei eigener Arbeitsunfähigkeit Anspruch haben.

Gefahren der Doppelbelastung

Es erscheint allerdings fraglich, ob die sozialpolitischen Maßnahmen, die auf eine möglichst wenig unterbrochene volle Eingliederung der Frauen in das Erwerbsleben ausgerichtet sind, weiterhin wie bisher die Erwerbstätigkeit und Erwerbsbereitschaft der Frauen steigern können. DDR-Wissenschaftler warnen vor den physischen und psychischen Gefahren, die die Doppelbelastung durch Beruf und Familie für einen großen Teil dieser Beschäftigten mit sich bringt. Um diese Belastungen zu verringern, erarbeitet das Magdeburger Institut für Sozialhygiene bis 1975 ein medizini-

¹¹⁾ Vgl. Der Spiegel, Nr. 41, 6. 10. 1969, S. 65.

¹²⁾ Vgl. Günter Mittag: Komplexe sozialistische Rationalisierung — eine Hauptrichtung unserer ökonomischen Politik bis 1970. In: Neues Deutschland, Nr. 172, 25. 6. 1966.

¹³⁾ Vgl. Wirtschaft in Zahlen. In: Neues Deutschland, Nr. 322, 21. 11. 1970.

¹⁴⁾ Nicht näher behandelt wird die Umrechnung und Erhöhung der Alt- und Mindestrenten der Sozialversicherung, die Verbesserung der freiwilligen Zusatzrentenversicherung, die verlängerte Zahlung von Krankengeld, die Mietpreissenkung und das Entgelt für Neubauwohnungen.

¹⁵⁾ Vgl. „VO über die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche und die Erhöhung des Mindesturlaubs für vollbeschäftigte werktätige Mütter mit mehreren Kindern“; „VO über die Erhöhung der staatlichen Geburtenbeihilfe und die Verlängerung des Wochenurlaubs“ vom 10. Mai 1972. In: GBl. der DDR, Teil II, Nr. 27, 29. Mai 1972, S. 313 ff.

¹⁶⁾ Vgl. „VO über die Gewährung von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an junge Eheleute“ vom 10. Mai 1972. In: GBl. der DDR, Teil II, Nr. 27, 29. Mai 1972, S. 313 ff.

sches und soziales Betreuungsprogramm für berufstätige Frauen¹⁷⁾.

Die DDR zählt mit 13,8 Lebendgeburten je 1000 Einwohner 1971 zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenquote. Die Gründe hierfür sind einerseits die ungünstige Altersstruktur und andererseits eine Veränderung des generativen Verhaltens. Die massiven bevölkerungspolitischen Maßnahmen sind daher unter dem Aspekt der langfristigen Sicherung der Arbeitskräftebilanz zu bewerten. Ob sie der DDR jedoch die erhofften Erfolge bringen werden, hängt nicht zuletzt von der allgemeinen Lebensplanung der gebärfähigen Frauen ab.

Für die SED-Führung ist es ein echtes Dilemma, daß sie einerseits von den Frauen schwerlich eine Erhöhung der Geburtenziffern, zum anderen eine noch stärkere Eingliederung in den Arbeitsprozeß verlangen kann, auch wenn von den äußeren Bedingungen her alles Denkbare getan wird, damit sie dieser Doppelrolle gerecht werden können. So stehen gegenwärtig für 30% aller Kinder im Alter bis zu drei Jahren Krippenplätze zur Verfügung, 66,4% aller Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren können einen Kindergarten besuchen. Für die schulpflichtigen Kinder richtet man nach Schulschluß Arbeitsgemeinschaften, sogenannte Schulhorte, ein. Als zusätzlicher materieller Anreiz stehen in der DDR im Gegensatz zur BRD beiden berufstätigen Elternteilen Kinderfreibeträge zu.

Grundsätzlich muß jedoch davor gewarnt werden, die Wirtschaftsentwicklung allein unter dem Gesichtspunkt des Arbeitskräftepotentials zu sehen. So hatte die starke Ost-West-Wanderung bis zum Jahre 1961 mit ihrem hohen Anteil der Personen im arbeitsfähigen Alter zumindest auf die Wirtschaftsentwicklung der DDR nur eine begrenzte Wirkung. Die Wachstumsraten der DDR-Industrie (industrielle Bruttoproduktion) lagen in den drei Jahren vor dem Bau der Mauer beträchtlich höher als in den Jahren 1961 bis 1964 bei konstanter Beschäftigtenzahl¹⁸⁾. Diese Entwicklung zeigt, daß die Lösung der Wachstumsprobleme der DDR kaum allein im Aufbau und in der Struktur des Arbeitskräftepotentials zu finden sein dürfte.

¹⁷⁾ Vgl. IWE-Tagesdienst vom 16. Dezember 1969, zitiert nach: Gefährliche Belastungen der berufstätigen Frau. In: Deutschland Archiv, 3. Jg., Nr. 1, 1970, S. 108.

¹⁸⁾ 1958 = 11,3%; 1959 = 12,6%; 1960 = 8,2%; 1961 = 5,9%; 1962 = 6,2%; 1963 = 4,3%; 1964 = 6,6%. Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR 1959-1965.

Maßgeblich sind nach weitgehender Ausschöpfung der Arbeitskräftereserven vielmehr die erreichbaren Produktivitätssteigerungen.

Graduelle Verbesserungen

Umfang und Inhalt der beiden sozialpolitischen Maßnahmen sind primär auf die Verbesserung der gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgerichtet, um zum einen eine möglichst vollständige Eingliederung der Frauen in den Arbeitsprozeß zu ermöglichen, zum anderen die Entwicklung der negativen natürlichen Bevölkerungsbeziehung zu stoppen bzw. umzukehren. Gleichzeitig bemüht man sich mit diesen Maßnahmen um den Nachweis, daß für die Bevölkerung alles getan wird¹⁹⁾. Wenn dies auch grundsätzlich nicht abgestritten werden kann, so gelten doch alle sozialpolitischen Anstrengungen der Erhöhung der Produktion. Wenn jetzt also die DDR forciert als die anderen Ostblock-Staaten das allgemeine Lebensniveau anhebt, so geht es hier letztlich um die Frage der Arbeitsproduktivität, die ohne materiellen Anreiz nicht zu heben ist.

Wirtschaftspolitik wird heute in der DDR immer stärker als Sozialpolitik verstanden. Nicht zuletzt die polnischen Arbeiter haben im Dezember 1970 Zeichen gesetzt, die kein Ostblockland übersehen kann. Die SED und vor allem Erich Honecker wollen sich ein Jahr nach dessen Regierungsantritt immer weniger als Zentrum politischer Macht verstanden wissen, sondern als der große gültige Onkel, der die sozialen Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung vertritt.

Dennoch ist im Gesetz zum neuen Fünfjahrplan vorgesehen, daß das produzierte Nationaleinkommen der DDR bis 1975 auf der Basis von 1970 um 27%, die Konsumtion (individueller und gesellschaftlicher Konsum) um 23% steigen sollen. Wieder einmal erhöht sich also die volkswirtschaftliche Leistung stärker als der individuelle und gesellschaftliche Konsum. Eine grundlegend konsumausgerichtete Neuorientierung ist folglich nicht zu erkennen, wohl aber eine stetige, wenn auch graduelle Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR, wozu auch das „Programm des sozialen Fortschritts“ dient.

¹⁹⁾ „Wir kennen nur ein Ziel, das die gesamte Politik unserer Partei durchdringt: alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das ist der Sinn des Sozialismus. Dafür arbeiten und kämpfen wir.“ Erich Honecker: Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1971, S. 5.

VEREINSBANK IN HAMBURG
 Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61
 ÜBER 60 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL